

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Die Menschen wollen soziale Gerechtigkeit

Die Wahl liegt schon wieder lange hinter uns. Zeit für einen Versuch, das Wahlergebnis zu bewerten. Die Fakten: Rot-Grün ist wegen der unsozialen Agenda 2010 abgewählt worden, und Schwarz-Gelb ist wegen der geplanten totalen Zerschlagung des sozialen Gefüges gescheitert. Die Linkspartei hat als klare Opposition gegen diesen Kurs am meisten gewonnen und ist mit einer starken Fraktion im Parlament vertreten.

Wichtig ist aber auch die folgende Meldung: Schon am Tag nach der Bundestagswahl kündigte Siemens die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze an. Zwei Tage vorher wäre diese Ankündigung der CDU sauer aufgestoßen. Ließ sich doch der ehemalige Siemens-Vorstandschef und jetzige Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende Heinrich von Pierer von Angela Merkel gerade erst zum CDU-Wirtschaftsberater küren.

Es bleibt eine Tatsache: Die Unternehmerverbände diktieren im Grunde den neoliberalen Parteien Regierungsprogramme, deren Hauptziel es ist, Profite zu maximieren. So machen denn auch Pierer und BDI-Präsident Thumann aus ihrem Frust über das Wahlverhalten der Bundesbürger kein Hehl.

Der Aufruf der Unternehmerverbände nach reaktionären Veränderungen des parlamentarischen Systems - wie die Forderung nach Einführung des Mehrheitswahlrechts und das Klagen über zu hohe Kosten der Bundestagswahl - zeigen, welchen Weg die ökonomisch Mächtigen zur Sicherung ihrer Profite einschlagen wollen.

Wir begrüßen den Einzug der Linkspartei in den Bundestag. Das Ergebnis der Linkspartei, die von allen Parteien die höchsten Zuwachsraten erreichte, ist auch deshalb bemerkenswert, weil es gegen Bemühungen einer Allparteienallianz, die Linkspartei kleinzureden und am Einzug in den Bundestag zu hindern, erreicht wurde. Wenn die Linkspartei die politischen Anliegen der außerparlamentarischen Bewegungen zum Inhalt der Tätigkeit ihrer Fraktion macht, wird das einen Politikwechsel befördern.

Die jetzt entstandene Situation bietet so Chancen für eine Politik, die auf einen Politikwechsel zu mehr sozialen Rechten setzt. Dem neoliberalen Politikkonzept muss ein Alternativprogramm der Arbeiter- und Bündnisbewegungen entgegengestellt werden. Es ist nötig, breitestmögliche Bündnisse und gesellschaftliche Allianzen zu schaffen.

Die Arbeiter-, Gewerkschafts- und soziale Bewegungen tragen hierbei eine gemeinsame Verantwortung zur Entwicklung des Widerstands gegen den reaktionären Sozialabbau und den Angriffen des Kapitals auf alle sozialen Errungenschaften in diesem Land. In den nächsten Wochen und Monaten wird es sich zeigen, ob dieser Einstieg gelingt.

Dabei ist sicher, auch die Linkspartei braucht Druck und Kontrolle von außen. Wir werden ihr dabei nicht „in den Rücken fallen“, sondern wollen „ihren Rücken stärken“. Die Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit sind in jedem Fall gewachsen. rh



Es gibt ja heutzutage wenig Vernünftiges im Fernsehen. Aber dieser Gesichtsausdruck am Wahlabend, als alle schwarzen Träume geplatzt waren, hatte schon was. Das Wahlergebnis war vor allem ein großartiger Erfolg der politischen Linken. Der Einzug der Linkspartei hat Schwarz-Gelb verhindert. Aber auch die neoliberale Politikvariante Rot-Grün ist nicht mehr möglich. Da gab es halt lange Gesichter.

Diese Kanzlerkandidatin hat jedenfalls von den Wählern eins aufs Dach bekommen. 1,8 Millionen Wählerinnen und Wähler haben sich von den Unionsparteien abgewandt. Hart hat es auch die CSU erwischt, die in Bayern unter die 50-Prozentmarke rutschte.

Schröder markierte am Wahlabend in unerträglicher Weise den „starken Mann“. Er wollte vergessen machen, dass ihm die Wählerinnen und Wähler bei allen Wahlen seit 2002 massenhaft davonliefen und dass er auch bei der aktuellen Wahl 2,4 Millionen Wählerstimmen verlor. Wichtig ist, dass die Linke ein neues Selbstbewußtsein erhielt. Links wählen wird attraktiver werden, auch bei den Wahlen im nächsten Jahr.



„Suboptimal“ nannte Schröder sein Verhalten am Wahlabend. Viele Leute sehen es anders. Ob er angetrunken war oder nicht ist zweitrangig. Es war einfach abstoßend.

Meinungen zur Wahl

„Die Mehrheit der Menschen in Deutschland hat neoliberalen Politikkonzepten eine klare Absage erteilt“, sagte der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters zum Wahlausgang.

Diese Erkenntnis scheint Schröder nicht wahrnehmen zu wollen. Aber auch die anderen Parteien und ihre Politiker, mit Ausnahme der Linkspartei, verdrängen diese Wahrheit. Ein bisher nicht da gewesenes Machtgerangel begann schon ein Tag nach der Wahl. Schwarz-Gelb geht nicht. Rot-Rot-Grün will nicht. Und Jamaika passt noch nicht.

„Es ist zu befürchten“, so ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, „dass eine Koalition - in welcher Zusammensetzung auch immer - ein Programm rechts von bisheriger rot-grüner Politik vertreten wird.“ Und das, so Bsirske, obwohl „eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler links von der Mitte gewählt“ habe.

Das Machtgerangel und die Koalitionsschieberei wird weiter für Aufregung sorgen. Seine Sorge über den politischen Kurs äußerte der Sozialethiker und gläubige Katholik Friedrich Hengsbach. Er befürchtete bei einem Erfolg der Schwarz-Gelben „eine Verschärfung dessen, was schon unter Schröder angefangen hat: Die Deformation des Sozialstaats und die Entsolidarisierung.“

In einem Interview mit der „taz“ bekannte er zugleich: „Ich halte die Linkspartei für einen Segen, weil sie Schröders Agenda-Politik an Grenzen stoßen lässt.“

Die „deutsche Wirtschaft“, die sich hinter Frau Merkel aufgebaut hatte, ist vom Wahlverhalten der deutschen Wähler „bitter enttäuscht“, wie BDI-Präsident Thumann befand.

Eine andere Politik ist nötig und möglich

Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt: Die Wählerinnen und Wähler wollen kein „Weiter so!“ mit Schröder und Fischer, aber auch nicht die verschärfte Abart des Sozialabbaus und der fortgesetzten Verteilung von unten nach oben, die Merkel und Westerwelle auf dem Plan haben. Sie haben mit 8,7% für die Linkspartei deutlich gemacht, dass sie eine andere Politik für nötig und möglich halten. Das Auftreten der Linken hat dieses Ergebnis entscheidend beeinflusst. Sie haben den Gedanken der Solidarität in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt und deutlich gemacht, dass die CDU keine Alternative zur SPD ist. Wenn Schröder und Merkel trotzdem an ihrer Politik festhalten wollen, dann zeigt das einmal mehr, dass es ihnen vor allem um persönliche Eitelkeit und politische Macht geht. Im Interesse des Machterhalts werden sich die „demokratischen“ Parteien, die mit der Linkspartei nicht einmal reden wollen, schon irgendwie einig werden. SPD und Grüne beschließen mal eben noch schnell die Verlängerung und Erweiterung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Inzwischen drohen die Unternehmen mit dem Abbau weiterer Arbeitsplätze. Ihre Verbände machen bei Arbeitszeit, Löhnen und Sozialleistungen weiter Druck auf die Beschäftigten. Und die Arbeitslosen werden mit Hartz IV verstärkt bedrängt und gedemütigt. Von einer anderen Politik sprechen weder SPD und CDU, noch FDP und Grüne.

Die Menschen in unserem Land wollen menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Sie wollen eine Perspektive für sich, ihre Kinder und Enkel. Sie wollen ohne die Angst leben, dass mit der nächsten Reform alles noch schlechter wird. Sie wollen nicht, dass die Reichen immer reicher und immer mehr Arme immer ärmer werden. Das heißt vor allem, Unternehmer und Vermögende stärker in die Pflicht zu nehmen. Für eine solche Politik steht die Bundestagsfraktion der Linkspartei im Wort.

Für das gute Wahlergebnis im gesamten Wahlkreis Groß-Gerau und in unserer Stadt bedanke ich mich herzlich bei allen, die mich als Wahlkreiskandidat unterstützt und die Linkspartei gewählt haben. Es ist ein Auftrag, gemeinsam mehr zu bewegen.

Gerhard Schulmeyer
Direktkandidat der Linkspartei im Wahlkreis 185 (Groß-Gerau)



Die Wahl ist rum – und jetzt?

Jetzt beginnt der Prozess der programmatischen und organisatorischen Entwicklung der Linkspartei, den PDS und WASG vereinbart haben. Dazu sind alle Linken eingeladen. Auch die DKP im Kreis Groß-Gerau wird sich daran beteiligen. Wichtig ist aber auch, die Erfahrungen aus dem Wahlkampf in die tägliche politische Kleinarbeit umzusetzen. Dazu gehört z.B. die Unterstützung gewerkschaftlicher Initiativen und Kämpfe wie bei LIDL, Aktivitäten gegen den drohenden Flughafen-ausbau oder das politische Gespräch mit vom Sozialabbau betroffenen Menschen, die mit dem Auftreten der Linkspartei Hoffnungen und Erwartungen verbinden. Ein nächster Prüfstein, der schnell auf uns zu kommt, wird die Kommunalwahl in Hessen am 26. März 2006 sein. Hier werden die Linken ihre gewachsene Stärke bestätigen müssen. Mit Hilfe vieler Menschen, die links gewählt und durch das Wahlergebnis neuen Mut gewonnen haben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, wird das gelingen.

Gerd Schulmeyer

Gemeinsam gegen den Flughafen ausbau





Work & Study Camp mit Jugendlichen aus neun Ländern

Vom 6. bis 27. August veranstaltete die Margit-Horváth-Stiftung in Walldorf ein „Work and Study Camp“ mit 21 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus 9 Ländern.

Auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers legten sie den Küchenkeller frei, in dem die ehemals dort inhaftierten ungarischen Jüdinnen 1944 geprügelt und z. T. bis zum Tode gefoltert wurden. Die Großmütter von drei Teilnehmern waren hier in Walldorf inhaftiert. Am 26. August wurde dieser Kellerraum als ein würdiger Ort des Gedenkens eingeweiht. Die Tochter einer der dort zu Tode geprügelten Frauen kam aus diesem Anlass zusammen mit ihrer Tochter aus Budapest angereist und nahm an der bewegenden Feierstunde teil. Arno Lustiger, Mitglied des Stiftungskuratoriums, der im Bundestag die vielbeachtete Rede zum 60. Jahrestag der Befreiung der Lager gehalten hatte, rief den jungen Leuten zu: „Ihr seid das Salz der Erde“. Rabbiner Klein aus Frankfurt sprach das traditionelle jüdische Totengebet, das Kaddisch.

Die jungen Leute waren während des dreiwöchigen Camps in der Wilhelm-Arnoul-Schule untergebracht, wo sie sich mit Unterstützung zahlreicher Sponsoren und Spender selbst versorgten. In vielen langen Diskussionen untereinander und mit Gästen aus Mörfelden-Walldorf wurden Geschichte und Gegenwart von Rassismus und Antisemitismus in

den verschiedenen Herkunftsländern der Teilnehmer behandelt.

Neben der Beschäftigung mit ernsthaften Themen kam aber auch der Ferienspaß nicht zu kurz, und Gäste des Latweje-Festes in Walldorf erinnern sich sicher an die ausgelassen singenden und tanzenden jungen Leute.

Es wurde viele Kontakte geknüpft, und Mörfelden-Walldorf hat neue Freunde gewonnen, die sich dankbar erinnern, wie offen und verantwortungsvoll man hier mit der Geschichte ihrer Großeltern umgeht.

Ein paar Stimmen aus dem Camp:

„Die Franzosen waren sehr beeindruckt von der Tatsache, dass alle diese verschiedenen Nationalitäten ihre Kräfte vereinten, um die vergessene Erinnerung wieder auftauchen zu lassen, und darüber hinaus haben sie den Mut der Enkel der Deportierten bewundert, die nach Deutschland gekommen sind, um das Andenken ihrer Großeltern zu suchen.“ (Raphaëlle, 16, aus Rennes, Frankreich)

„Es ist ein Gefühl der Unwirklichkeit, der Unlogik der Tatsache, daß ich, Urenkel eines Sowjetsoldaten, der im KZ umgekommen ist, hier mitten in Deutschland sitze und nichts gegen die Deutschen fühle.“ (Aleksej, 21, aus Russland)

„Es war eine sehr ehrliche und sehr offene Aussprache und es sind keine feindlichen, abweisenden oder unverständlichen Worte gegenüber uns Deutschen gefallen. Es ist vollkommen klar, dass unsere Generation keine Verantwortung dafür übernehmen kann, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist. Wir können nur die Verantwortung dafür übernehmen, dass das Geschehene nicht in Vergessenheit gerät - egal welcher Nationalität wir angehören.“ (Claudia, 17, aus Erfurt)

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probeexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion



Zum Jahrestag der Ermordung von Salvador Allende wurden am 11. September 2005 wie in jedem Jahr am Allende-Platz in Mörfelden Blumen niedergelegt.

„Stolpersteine“

Für die Verfolgten des Naziregimes sollen Metalltäfelchen mit Name und Datum vor den Wohnhäusern der Drangsaliererten in den Bürgersteigen eingelassen werden. Die Denk- und Mahnmale, Stolpersteine genannt, beantragte die DKP/OL-Fraktion im Stadtparlament. Das löste heftige Diskussionen aus. Sollen sie nur auf jüdische Mitbürger hinweisen? Nur auf die Ermordeten? Bleiben andere Verfolgte außen vor? Ist die Art der Mahnung überhaupt die richtige Form? Eine Tafel, auf die jeder tritt?

Inzwischen wurde bekannt, dass der Künstler, der diese Gedenktafeln „erfand“, vom Bundespräsidenten Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde. Vielleicht wird jetzt ein wenig Versöhnung in die Diskussionsrunde einklingen, wenn schon von höchster Staatstelle diese Form des Gedenkens eine Ehre wert ist. R. D.



Marx und Engels, zwei große Wissenschaftler. Was wissen Sie von ihrem Wirken? Was ist von ihrem Werk noch zu gebrauchen? Wollen Sie es gemeinsam mit uns herausfinden? Wer mit uns diskutieren oder mitmachen möchte, kann anrufen: 23366 oder 22362. Wir freuen uns über jeden Mitstreiter.

Wer Lust hat, einen Original-Text zu lesen, kann im Internet auf „www.dkp-mw.de“ klicken. Hier steht zumindest mal das „Kommunistische Manifest“.

Einkaufen mit dem Fahrrad ist lebensgefährlich

Wieder sind in Mörfelden zwei neue Lebensmittelmärkte eröffnet worden, so dass im Bereich Gerauer Straße - Opelstraße jetzt insgesamt vier fast das gleiche Warensortiment anbieten.

Die Bevölkerung hat seit Jahren nicht mehr, sondern eher weniger Geld zur Verfügung und sie wird durch die Neuan siedlung deshalb nicht mehr kaufen können. Außer der zusätzlichen Flächenversiegelung bringt es der Stadt und den Anwohnern der Gerauer Straße und des Gärtnerweges zusätzlichen Verkehr und Lärm durch Lastwagen und PKW der Anlieferer und der Kunden. Ältere Bürger und Käufer ohne Auto haben schlechte Karten. Das Einkaufen zu Fuß ist wegen der Entfernung unmöglich und mit dem Fahrrad entlang der stark befahrenen Straßen lebensgefährlich. Die DKP-Fraktion hatte schon vor einiger

Zeit Vorschläge für eine Zufahrt für Radfahrer unterbreitet, um die Situation zu entschärfen. Nachdem der Weg neben dem Friedhof wegen dessen Erweiterung geschlossen wurde, sollte ein neuer Radweg über den Spielplatz zur Gerauer Straße und eine Überquerungsmöglichkeit zu den Märkten über die Straße geschaffen werden. Leider fand dieser Gedanke im Parlament keine Zustimmung.

Eine andere Möglichkeit wäre, entlang der stark befahrenen Straßen für Radfahrer einen rot markierten Radfahrerstreifen anzulegen. Etwas muss auf jeden Fall getan werden. Der Bürgermeister und seine SPD-Fraktion, die ja für die Ansiedlung der Märkte waren, sollten sich auch Gedanken machen und vielleicht bei den Marktbetreibern wegen Zuschüssen vorstellig werden.

H. H.



Lesenswert

Die israelische Stiftung Yad Vashem ehrte Wilhelm Hammann, den ehemaligen Groß-Gerauer Landrat und KPD-Abgeordneten des Landtages des Volksstaates Hessen, mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“. Eine Ehrung - für das offizielle Israel selbstverständlich - ist im Kreis Groß-Gerau auch heute noch ein Problem.

Der „blickpunkt“ hat deshalb eine Broschüre herausgebracht, damit Wilhelm Hammann nicht in Vergessenheit gerät.

Für 3 Euro + Versandkosten erhältlich beim „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstr. 22, Tel. 22362.



Spätsommer in Vitrolles

Im Frühjahr 1995 stand unsere Partnerstadt im Mittelpunkt des Interesses von Frankreich und Deutschland, als dort ein Bürgermeister der rechtsradikalen Front National an die Macht kam.

Es gab große Proteste. Die gesamte Handballmannschaft von Vitrolles (französischer Pokalsieger 1993) drohte mit Abwanderung, die Städtepartnerschaft wurde eingefroren. Aber die Vernunft setzte sich durch: seit Ende 2002 ist der rechte Spuk vorbei. Dem aufmerksamen Besucher bleiben die Gründe der zeitweiligen Herrschaft der Le Pen-Leute nicht verborgen: Vitrolles besteht aus öden Hochhausvierteln, es gibt kein wirk-

liches Zentrum. Die Bevölkerung wuchs in 20 Jahren auf das Zehnfache, die Einheimischen sind in der Minderheit. Viele Schnellimbisse und amerikanische Kettenrestaurants gibt es, aber kein schönes provenzalisches Café.

In den 90ern sorgte in dieser städtebaulichen Trostlosigkeit eine Arbeitslosigkeit von 20% für den Nährboden, auf dem die FN mit ihren ausländerfeindlichen Parolen vom „Großreinemachen“ gedeihen konnte.

Erst auf den zweiten Blick sieht man auch das alte, das „echte“ Vitrolles. Hoch oben auf dem Berg mit seiner mittelalterlichen Burg liegt es, ein wunderschönes Provence-Dorf mit verträumten Winkeln und freundlichen Menschen. Hier erst versteht man, dass Vitrolles trotz allem eine gut gewählte Partnerstadt ist.

Alfred J. Arndt

Liebe Leserinnen, liebe Leser
Sie sind politisch interessiert?
Sie interessieren sich auch für
Kommunalpolitik?
Wollen Sie bei uns mitmachen?
Sie brauchen dabei noch nicht
einmal Mitglied zu werden!
Reden wir miteinander.

DKP - Telefon 23366

Folgen der Rechtschreibreform?



Kreuzmanns letzter Arbeitsplatz

„Erst wenn die Schaffung des letzten Arbeitsplatzes verhindert wurde, wird Rot-Grün merken, dass man Bäume nicht essen kann.“

Mit diesen Worten „begrüßte“ Tim Kreuzmann, Sprecher der Jungen Union (JU) im Kreis Groß Gerau, die Rodung von 20 Hektar Bannwald am Flughafen (FR vom 12.9.). Ich weiß nicht welcher Wahlkampfstrategie seiner Partei (CDU) ihn zu dieser Pressemitteilung angestiftet hat. Rot-Grün habe den Bau des Flughafens verhindern wollen? Wo? Wann? Leider ist das Gegenteil wahr, dass nämlich die SPD seit jeher jeden Ausbau durchgeprügelt hat. Die Lüge dient nur dazu, einen Unterschied zwischen sich und den Sozialdemokraten vorzutäuschen. Sonst macht er, was auch sie machen: Menschen, denen seinesgleichen mit Arbeitsplatzverlust drohen, mit neuen Arbeitsplätzen ködern. Bäume kann man nicht essen? Spontan ist man geneigt zu antworten „Ach, und den letzten (?) Arbeitsplatz kann man essen?“ Aber Kreuzmann meint natürlich etwas anderes. Dass nämlich die zweihundert Glücklichen aus dem Millionenheer der arbeitslos gemachten Lohnarbeiter [ideologisch: Arbeitnehmer], welche sich dann für Lufthansa, Gott und Vaterland abarbeiten dürfen, wieder Lohn erhalten. Aber der Lohn ist zunächst bloß ein Stück Papier. Und auch den frisch gewarteten A 380 können sie nicht essen, denn der gehört dem Kapital und nicht den Arbeitern, ist außerdem auch wenig schmackhaft. Wir finden also, dass weder die „Arbeitsplätze“, noch der „Arbeitslohn“,



Mitglieder der Jungen Union demonstrieren für den Ausbau des Flughafens vor der Offenbacher Stadthalle.

noch das von den Arbeitern Produzierte irgendetwas Essbares enthält. Warum nun redet Kreuzmann so fabelhaft ungenau, dass er genau genommen ein halbes Dutzend Fehler in einem Satz unterbringt? Weil der Satz richtig gar nicht formulierbar wäre. Er verträgt sich nicht mit der Wahrheit.

Die Arbeiter und Arbeitslosen brauchen überhaupt keine neuen Arbeitsplätze bei Fraport, Lufthansa, oder Airbus. Was wir unbedingt brauchen sind Lebensmittel, Wohnungen, Kleidung, Möbel, Verkehrsmittel etc. Und davon können mittlerweile genug produziert werden. Millionen Maschinen und Menschen sind zum Stillhalten gezwungen [ideologisch: Arbeitslosigkeit], gerade weil schon so viel produziert wird. Im Kapitalismus ist das eine Katastrophe. Demokratisch verteilt, d.h. wenn Land, Büros, Fabriken und Flugzeuge gesellschaftliches statt privates Eigentum wären, würde der gemeinsam produzierte Reichtum und die dazu notwendige Arbeit ein gutes Leben für alle

ermöglichen. Freilich wäre dann die Freiheit der Kapitalisten, an der Arbeit der Arbeiter sich zu bereichern, ebenso futsch wie die Erpressung mit neuen oder alten Arbeitsplätzen. Und deshalb bringen Leute wie Kreuzmann keinen geraden Satz heraus: Es ist ihr schlechtes Gewissen und der Eigensinn der Sprache, sich nicht missbrauchen zu lassen.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Kapitalismus und Umweltschutz hat er ungewollt auch etwas Richtiges ausgedrückt. Wer über eine demokratische (also geplante) Produktion nicht nachdenken will, und doch so viel begreift, dass er nicht die Champagnerkorken knallen lässt wenn man ihm mit dem Wald die Luft zum Atmen nimmt, der muss sich selbst beschwindeln. Entweder er verfällt der Lüge, Kapitalismus und Ökologie seien an sich vereinbar (Grüne) oder der, Kapitalismus sei ökologisch zähmbar (Umweltschützer). Für solche Wunder ist allein der Papst oder eine seiner Filialen zuständig. Die versteckte Wahrheit des obigen Satzes ist daher, dass im Kapitalismus Menschen, Gesundheit und Natur bloße Mittel der Kapitalverwertung sind. Und das klingt so beschissen wie man sich fühlt, wenn man draußen im Wald ist und die Bäume fallen sieht. Bewacht von traurigen Gestalten, die für kümmerlichen Lohn 12 Stunden-Schichten schieben. So lange die Lohnabhängigen auf neue Arbeitsplätze hoffen, statt die Fabriken zu übernehmen und mit der Erpressung „Arbeitsplätze“ ein für allemal Schluss zu machen, wird das leider auch so weiter gehen. Mit den Bäumen, den Arbeitsplätzen und dem Papst.

Florian Bernhard



„Billig“ hat seinen Preis - ver.di-Aktion vor Lidl in Mörfelden

Die Situation im Einzelhandel wird immer problematischer. Niedrige Löhne, längere Arbeitszeiten - und immer weniger Beschäftigte arbeiten immer mehr. Und ganz vorneweg steht Lidl.

Im Handel liefern sich Konzerne über Preis- und Expansionsschlachten einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb. Sie erhöhen den Druck auf alle Einzelhändler. Das bringt zeitweilig niedrigere Preise mit sich, aber zerstört auch viele Arbeitsplätze. Immer mehr Einzelhändler bleiben auf der Strecke. Das Prinzip „immer billig“ bedeutet niedrige Preise vor allem auf Kosten der Beschäftigten. Bei den Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen und Kassiererinnen werden die Tarifverträge und andere gesetzliche Bestimmungen immer häufiger missachtet. Der europaweit rasant expandierende Discounter Lidl ist ein negatives Paradebeispiel. Von bundesweit 2600 Lidl-Filialen gibt es nur in 8 Filialen eine gewählte Arbeitnehmervertretung. Gezielt verhindert der Konzern die Wahl von Betriebsräten.

Vor den Lidl-Filialen gab es jetzt bundesweit Aufklärungsaktionen der Gewerkschaft ver.di. Auch in Mörfelden wurden Flugblätter verteilt und mit Kunden diskutiert.



Unser Wald ist in Gefahr

„Keine Frage, Holz in rauen Mengen begeistert uns. Das röhrende Motorengeräuschleistungsfähiger Harvester und Forwarder, das unverwechselbare Klackern der Rungen, das Kreischen der Sägeschwerter ist Musik für jeden Forstmaschinenfanatiker.“

Soweit die Fachzeitschrift „Forstmaschinen-Profi“.

Derzeit befindet sich unser Wald in den Händen dieser Leute.

Nicht nur 21 ha Bannwald für die A380-Halle wurden gerodet. Weitere 10 ha Fichtenwald, der vom Borkenkäfer (Buchdrucker) befallen ist, werden von Hessen-Forst gefällt.

Wirksame Gegenmittel gäbe es nicht, so Forstamtsleiter Dr. Hammes, und so bliebe (leider!) nur die Säge. Der Vorwurf, dass das „Käferholz“ nicht in den Hiebsatz eingerechnet wird, sondern die festgelegte Einschlagmenge unter Bruch des

Nachhaltigkeitsprinzips noch mal gefällt wird, weist er ab. Man könne auf die „Pflege“ des übrigen Waldes (= Einschlag von noch mehr Bäumen) nicht verzichten. Dass hinter dieser Dezimierung der Wälder finanzielle Motive stecken könnten (Hessen-Forst ist weitgehend privatisiert und muß Geld verdienen), bestreitet Dr. Hammes. Er rechnet vor, dass ein Festmeter Fichtenholz 8 Euro bringe - bei 250 Festmetern pro Hektar 20.000 Euro für die Abholzung bei Walldorf. Die anschließende Aufforstung mit Stieleichen koste viel mehr. Noch Fragen?

Nun ja, denkbar wäre auch etwas anderes - nämlich dies:

Die Fichte ist der „Brotbaum“ der Forstwirtschaft. Ein Försterwort sagt: „Wenn die Fichte fällt, fällt sie direkt in die Kasse.“

Nach dem Borkenkäferjahr 2003 fehlen Vorbeugemaßnahmen. Von der Entrin-

dung befallener oder gefährdeter Fichtenstämme (Entziehung des Brutraums der Borkenkäfer; Förderprogramm zur Borkenkäferbekämpfung des Hessischen Forstministers) ist wenig zu sehen. Man beugt auch nicht alternativ vor. Angeblich taugen alle chemischen und biologischen Mittel nichts.

Bayerische Förster sehen es anders: Dort gibt es erfolgreiche Versuche mit Pheromonfallen. Auch in Hessen wurden damit 80 Mio. Borkenkäfer in 6 Monaten „aus dem Verkehr gezogen“.

Im Februar sagte Dr. Hammes, es sei Ziel, „alle Nadelbäume aus dem zweitgrößten Naturschutzgebiet Hessens zu entfernen“. Da kommt der Verdacht auf, dass der Borkenkäfer als nützlicher Helfer zur Erreichung dieses Zieles gesehen wird. Denn die Fraport will sich mit 18 Millionen Euro an Hessen-Forst um Aufforstungsverpflichtungen drücken: durch „Entfernung“ der Nadelbäume und ihre Ersetzung durch Stieleichen wird das „Biotop aufgewertet“ und als Naturschutz-Ausgleichsmaßnahme angerechnet. Nur: im „aufgewerteten Biotop“ können wir in 50 Jahren spazieren gehen. Zunächst heißt die „Aufwertung“ nur eines: riesige kahle Flächen und gewinnbringend verkauftes Holz.

Das letzte große Waldgebiet in der Rhein-Main-Region befindet sich in großer Gefahr - nicht nur durch den Flughafen. Trotz aller Versuche von Hessen-Forst, glaubhaft erscheinende Erklärungen zu liefern und abzuwiegeln - es lohnt sich, misstrauisch und wachsam zu bleiben.

Alfred J. Arndt

Katrina und Rita - kleine Betrachtung von der anderen Seite

Die amerikanischen Ureinwohner wussten, warum sie an dieser Stelle keine Siedlungen bauten, und US-Wissenschaftler warnten seit vielen Jahren vergebens vor der Möglichkeit einer solchen Verwüstung in New Orleans. Und die Bush-Regierung weigert sich noch immer, das Klimaprotokoll von Kyoto zu ratifizieren. Sein Ziel ist die Minderung der Klimaerwärmung, die zu immer größeren Wirbelstürmen im Golf von Mexiko führt.

Aber dass es so viele Tote gab, und dass nach der Katastrophe unglaubliche so-

ziale Zustände herrschten, liegt nicht nur an der Zerstörungskraft des Sturms. Das liegt auch am Unwillen der US-Regierung und am noch immer blühenden Rassismus in den USA. Wenn es eine Stadt mit weißer Mehrheit getroffen hätte, wäre wohl vieles anders gelaufen, wie man an den Reaktionen auf den Hurrikan Rita sehen konnte, als er das zu 70% „weiße“ Houston bedrohte.

Der Bürgermeister von New Orleans, Ray Nagin, hat seiner Wut über die Bush-Regierung in drastischen Worten Luft gemacht. Der Filmemacher Michael Moore fragte den Präsidenten sarkastisch: „Können Sie sich vorstellen, Weiße fünf Tage lang auf ihren Dächern sitzen zu lassen?“

Es gab viele Hilfsangebote. „Die Regierung von Kuba wollte 1.586 Ärzte und 36

Tonnen Medikamente schicken. Bush hat von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht, obwohl die kubanischen Ärzte in einer Flugstunde vor Ort gewesen wären und schnelle Hilfe hätten leisten können“, schreibt der ehemalige Stadtverordnete Rainer Haag aus Matanzas in Kuba.

Die marktbeherrschenden US-Ölkonzerne handelten schnell: Sie trieben ihre Verluste einfach weltweit an ihren Tankstellen ein und greifen auch weiter ungehindert in die Taschen europäischer Autofahrer.

Mit Erfolg: Am 8. September lief über die TV-Ticker, dass 80% der beschädigten Raffinerien und Pipelines wieder in Betrieb waren. Am gleichen Tag bestellte die Stadt New Orleans 25.000 Leichensäcke. Business as usual.

Stadtgeschichten



Schon sehr früh gab es Erntedankfeste auch in der Kirche. Erst im 19. Jahrhundert wurde das Erntedankfest in Preußen ein offizieller Festtag. Bis heute hat sich der Brauch gehalten und am ersten Sonntag im Oktober wird die Kirche geschmückt und am Altar die schönsten Früchte, Erntesträuße sowie gut gediehenes Gemüse und frisch gebackenes Brot als Zeichen des Dankes ausgelegt. Zu Beginn des NS-Staates 1933 sollten, ähnlich wie die Arbeiterschaft mit der Erhebung des 1. Mai zum „Nationalfeiertag“, die Bauern und die ganze Landbevölkerung mit dem „Reichserntedankfest“ an das Nazi-Regime gebunden werden. Der zentrale Staatsakt fand von 1933 bis 1937 jeweils Anfang Oktober auf dem Bückeberg in der Nähe von Hameln im Weserbergland statt, wo vor über einer Million Menschen Hitler seine „Blut und Boden“-Ideologie verbreitete. Auch in vielen Gemeinden fanden in dieser Zeit Festzüge zum Erntedankfest statt. Vom Walldorfer Umzug im Jahre 1936 sind noch einige Fotos vorhanden. Auf dem heutigen Bild sehen wir das Kuhfuhrwerk von Konrad Jakob aus der Walldorfer Langstraße. Der Wagen war gefüllt mit frisch gepflückten Äpfeln und Birnen, begleitet von den beiden Mädchen v. l.: Susanne Wilker verh. Zwilling und Helma Zwilling sowie Konrad Jakob jr. und Konrad Jakob.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Oktober 2005:

01.10. Abgabeflohmarkt für Kinderkleidung und Spielsachen 9.30 - 16 Uhr - Nummernvergabe unter Tel. (06105) 450922 (Susanne Giegerich)

06.10. Rettet das Vinyl
Schallplattenabend. (Songs mit dem Anfangsbuchstaben D)
Beginn: 20 Uhr

08.10. Ü-30-Disco mit DJ-Stefan (Club Voltaire)
Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 2 Euro

10.10. HörBar: „E.T.A. Hoffmann: Der Sandmann“
Der Hörbuchabend im KuBa. - Beginn: 20 Uhr

12.10. Theater: „Durch dick und dünn“
Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der externen Frauenbeauftragten der Stadt Mörfelden-Walldorf ab 14 Jahre - Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro



KuBa

15.10. KHAN Connection #22: Soundtracks
Überraschungsfilm und DJ-Set
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 2 Euro

23.10. Vernissage: „Kritische Objekte“
Ausstellung von Wolf Spemann
Beginn: 18 Uhr

29.10. Konzert: Punk n' Metall gegen Rechts!
Es spielen die jungen Bands Süstemfehler und Brain Death.
Beginn: 21 Uhr
Eintritt: 2 Euro
(Der gesamte Gewinn des Abends geht an die Rote Hilfe-Ortsgruppe Darmstadt.)

30.10. „Gleis 1“
Wochenendausklang mit chilliger Musik.
Beginn: 18.30 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Wann eier Kuh net
saift, misst er ehr
nur em Bolezeidiener
soi Kapp uffsetze.